

ÖDP Programm Kreistagswahl Mainz-Bingen 2019 (Stand 23.03.2019)

Der Landkreis Mainz-Bingen hat eine bevorzugte und verkehrsgünstige Lage und liegt in einer reizvollen, für den Tourismus überaus geeigneten Landschaft. Er ist in wirtschaftlicher Hinsicht vielfältig strukturiert und bietet seinen Bürgern und Gästen gute Wohn- und Lebensbedingungen. So weit so gut, könnte man sagen. Aber die Natur in unserem Landkreis ist, gerade weil er eine so starke Verdichtung aufweist und es auch wirtschaftlich vorangeht, zunehmend gefährdet.

Die verstärkte Inanspruchnahme durch Wohnbesiedlung, Straßenbau, Gewerbegebiete und Logistikzentren hat bereits jetzt das Bild unserer heimischen Landschaft merklich verändert. Der prozentuale Anteil der Siedlungsfläche des Landkreises ist von Ende 2003 bis Ende 2017 von 16,6 % auf 18,6 % angestiegen. Dagegen hat die Waldfläche von 15,7 % auf 13,7 % abgenommen. Immer mehr Bebauung, mehr Straßen und mehr Betonflächen haben ihren Anteil an der Aufheizung vor allem der städtischen Bereiche, verringern zusätzlich die natürlichen Flächen für die Versickerung von Niederschlägen und erhöhen damit das Gefahrenpotenzial bei Starkniederschlägen.

Das Bienensterben und allgemein der Rückgang der Artenvielfalt ist auch eine Folge davon, wie wir mit unserer Natur umgehen. Wir wollen, dass unser Landkreis für seine Bürger auch weiterhin ein gesunder Lebensraum sein kann und für Bürger, Tourismus und die Natur seinen landschaftlichen Charakter behält. Dabei gilt es, gleichzeitig auch neue Chancen für die heimische Wirtschaft zu erschließen.

Arbeitsplätze und Wirtschaft

- Die großzügige Ausweisung von Gewerbegebieten in unseren Kommunen und die zunehmende Ansiedlung großer Märkte und riesiger Logistikzentren „auf der Grünen Wiese“ hat zu einer massiven Veränderung unserer Landschaften geführt. So ist z.B. das Nahetal von Bingen in Richtung Bad Kreuznach durch die massive Bebauung kaum noch wiederzuerkennen. Wir setzen uns für einen Stopp des bisherigen, expansiven Umgangs mit unserer Natur ein.
- Die ÖDP fordert stattdessen, die Ausweisung von kleinräumigen Gewerbeflächen auf die Ansiedlung ökologisch verträglicher, klein- und mittelständiger Unternehmen zu konzentrieren, um neue Arbeitsplätze zu schaffen und um neue Gewerbesteuererinnahmen zur Optimierung der kommunalen Finanzen zu erhalten.

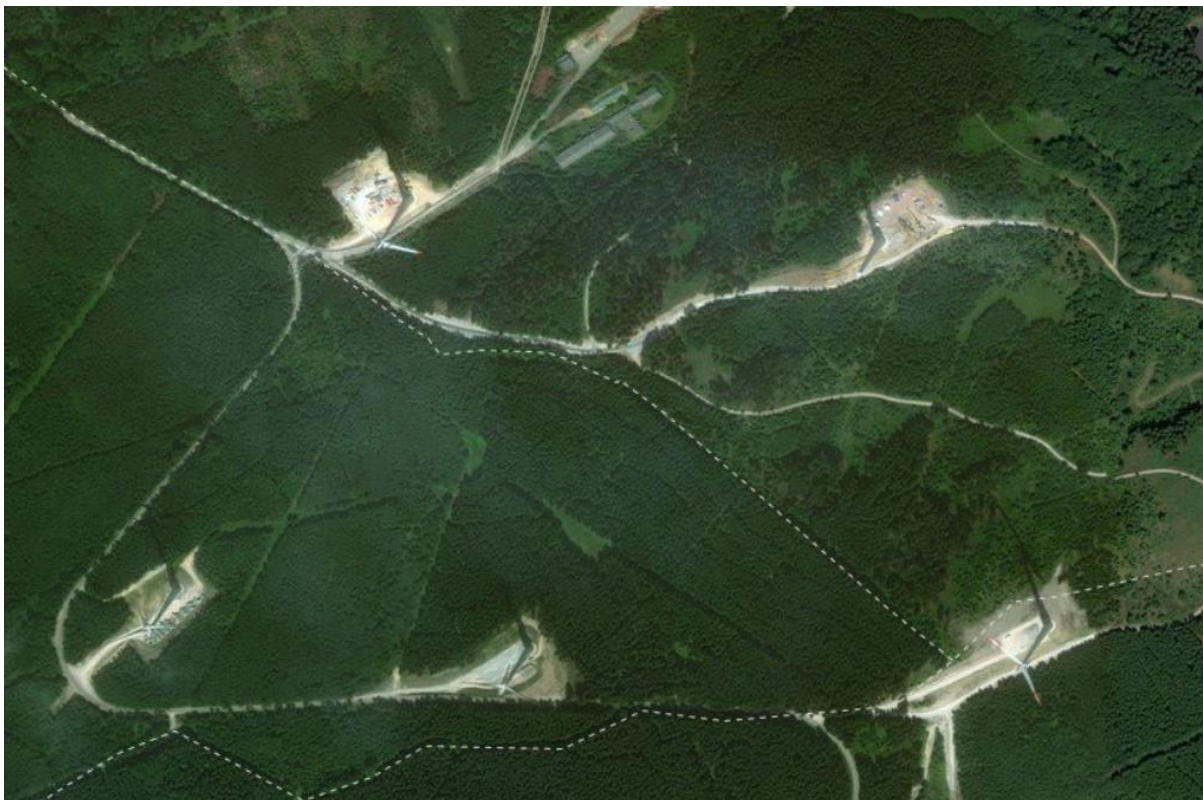
- Vorrangig sollen hierfür bestehende und somit bereits versiegelte Flächen verwendet werden. Außerdem sollen für neu zu versiegelnde Flächen möglichst still gelegte Gewerbeflächen entsiegelt und naturnah umgestaltet werden. Die ÖDP ist der Ansicht, dass die Innenentwicklung von Gewerbegebieten Priorität haben muss. Es sollen die Nachverdichtungspotenziale von bestehenden Gewerbegebieten analysiert und die Entwicklung neuer Gewerbeflächen flächenschonend gestaltet werden. Gleichzeitig müssen naturnahe Restflächen (z.B. im Straßenbegleitgrün und in der Bepflanzung von Randbereichen der Gewerbeflächen) erhalten und geschaffen werden, um einen Biotopverbund zu ermöglichen.

Bürgerbeteiligung und Demokratie - Für ehrliche und wirkliche Demokratie

- Bürgerentscheide und Bürgerbegehren sind auf kommunaler Ebene zu erleichtern. Die großen Hürden bei der Zulassung von Bürgerentscheiden sind auf ein sinnvolles Maß zu reduzieren, wie es z.B. der Verein „Mehr Demokratie“ fordert. Bürgerinnen und Bürger sind im Rahmen von „Kommunalen Bürgerhaushalten“ an der Ausgabenpolitik der Kommune zu beteiligen.
- Bürgerinnen und Bürger müssen über die Planungen der Kommunen frühzeitig informiert und in die Entscheidungen bis hin zum Bürgerentscheid eingebunden werden. Es sind neue Modelle der Bürgerbeteiligung im Landkreis, den Verbandsgemeinden und den Ortsgemeinden einzuführen.
- Kreistagssitzungen sollen im Internet übertragen werden (Livestream). Der Zugang zu allen öffentlichen Dokumenten des Landkreises muss für interessierte Bürgerinnen und Bürger deutlich erleichtert und zur Selbstverständlichkeit werden.
- Die ÖDP lehnt die geplanten Freihandelsabkommen (z.B. TTIP, TISA, CETA) ab, die sich durch Demokratiefindlichkeit und Bevorzugung von Großkonzernen auszeichnen. Kommunale Einrichtungen dürfen nicht durch diese Abkommen unwiderruflich privatisiert werden. Keine weitere Privatisierung kommunaler Aufgaben der Daseinsvorsorge. Sie führt zu hohen Preisen, einer schlechteren Qualität, z.B. des Trinkwassers, und schlechterer Versorgung vor allem in ländlichen Raum.
- Über den Bundesrat: Konzern- und Firmenspenden an Parteien sind zu verbieten, damit wir wirklich unabhängige Parteien sowie Volksvertreterinnen und -vertreter haben.
- Zur Entwicklung, Steuerung und Umsetzung von Maßnahmen zur Korruptionsprävention und als Ansprechpartner für die Bürger sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung hält die ÖDP die Einrichtung der Stelle eines Antikorruptionsbeauftragten für sinnvoll und notwendig. Zu den Aufgaben des oder der Antikorruptionsbeauftragten gehört es vor allem, das Problembewusstsein zu wecken und Strategien zur Vorbeugung und Vermeidung von Korruption aufzuzeigen. Neben der Präventionsarbeit soll dadurch Hilfestellung bei der Beurteilung aufkommender Verdachtsmomente gegeben werden. Der oder die Antikorruptionsbeauftragte soll in der Wahrnehmung der Aufgaben weisungsunabhängig und direkt der Verwaltungsspitze unterstellt sein.

Naturschutz und Artenschutz, Umwelt

- Als Maßnahme für einen wirksamen Hochwasserschutz fordern wir eine umfassende Ausweisung von Überschwemmungsgebieten in denen es zu keiner neuen Bebauung kommen darf. Die Zuflüsse zu Rhein und Nahe müssen bei Bedarf renaturiert werden, um den Rückhalt des Wassers in der Fläche zu erzielen und um ein ursprüngliches Landschaftsbild wieder herzustellen.
- Der zunehmenden „Verspargelung“ unserer Landschaft stehen wir skeptisch gegenüber. Für eine einzige Windkraftanlage werden je nach Standort bis zu 1 ha Natur zerstört. Der weitere Ausbau von Windenergieanlagen im Kreisgebiet muss behutsam erfolgen und muss die Belange des Naturschutzes und des Vogelschutzes deutlich stärker mit bedenken. Hierbei sind auch negative Einflüsse auf das Landschaftsbild zu berücksichtigen.
- Zur Koordination der Maßnahmen und Belange des Natur- und Artenschutzes und als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger und die Kommunen hält die ÖDP die Einrichtung der Stelle eines Naturschutzbeauftragten für erforderlich. Aufgrund des vorhandenen Konfliktpotenzials zwischen dem Artenschutz und Maßnahmen in Verbindung mit der Umsetzung der Energiewende halten wir diese Stelle in Ergänzung zum bereits vorhandenen Klima- und Umweltschutzbeauftragten für eine notwendige Ergänzung, um dem Natur- und Artenschutz mehr Gewicht zu verleihen.



Windkraftanlagen im Soonwald schlagen Schneisen in den Wald

Quelle: www.bing.com (abgerufen am 27.02.2019)

Wohnen und Infrastruktur, ländlicher Raum, Familien, Bildung und Soziales - Für vielfältige Kultur und attraktive Lebensqualität für Jung und Alt

- Familien müssen einen besonderen Stellenwert erhalten. Sie prägen, stärken und bilden unsere Kinder und sie schaffen über die Kinder Zukunft für unsere Gesellschaft. Unter den heutigen Lebensbedingungen verwirklichen immer weniger Paare ihren Kinderwunsch. Hieraus ergeben sich große Herausforderungen und Aufgaben für den Landkreis und die Städte und Gemeinden. Kinder und Eltern sollen sich im Landkreis Mainz-Bingen wohlfühlen, ihre Anliegen und Interessen müssen beachtet werden. Familienfreundlichkeit soll den Landkreis auszeichnen und als Standortvorteil wirksam werden.
- Für den Landkreis ist daher ein Familienbeirat zu schaffen, in den aus jeder Gemeinde eine Vertretung gewählt wird. Aufgabe des Familienbeirats soll unter anderem sein, die bestehenden Einrichtungen und Initiativen zu vernetzen, relevante Informationen zu sammeln und zur Verfügung zu stellen sowie Sprachrohr für die Belange der Familien im Landkreis zu sein. Der Familienbeirat sollte Antragsrecht im Kreistag haben und möglichst über ein eigenes Budget verfügen.
- Initiativen von Betrieben, in denen durch flexible Arbeitszeitmodelle und Teilzeitmöglichkeiten familiengerechte Lösungen angeboten werden, sollen herausgehoben und ausgezeichnet werden. Dadurch kann man weitere Unternehmen dazu motivieren, ihre "Familienfreundlichkeit" zu erhöhen. Außerdem wird dadurch Familienfreundlichkeit als Wirtschafts- und Standortfaktor stärker bewusst gemacht.
- Zur Verbesserung der Lebensqualität behinderter Menschen ist barrierefreies Bauen bzw. Umgestalten explizit zu erweitern. Hierzu muss der Behindertenbeauftragte unseres Landkreises an den Planungen beteiligt sein und tragendes Mitspracherecht erhalten.
- Die ÖDP fordert einen menschlichen Umgang mit Flüchtlingen in den verschiedenen Einrichtungen des Landkreises für Asylbegehrende und Ausreisepflichtige. Wir halten die vermehrte Einstellung von interkulturell geschultem Personal für notwendig. In den Einrichtungen ist durch den Landkreis dafür Sorge zu tragen, dass die dort lebenden religiösen Minderheiten (z.B. Christen und Jesiden) in Frieden leben können und nicht diskriminiert werden. Der Landkreis muss seinen Aufgaben bei der Betreuung der Einrichtungen im Kreisgebiet mit ausreichendem Personal engmaschig nachkommen und die Betreuung intensivieren. Private Initiativen in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit müssen besser unterstützt und der Austausch mit diesen verbessert werden.
- Die ÖDP möchte erreichen, dass mehr Schulsozialarbeiter und -psychologen zur Unterstützung der Lehrerinnen und Lehrer eingestellt werden. Zudem brauchen wir mehr Lehrerinnen und Lehrer (aber keine Kurzzeit- oder Kettenverträge für Lehrerinnen und Lehrer). Die ÖDP fordert eine Begrenzung der Klassenstärke auf maximal 20 Schülerinnen und Schüler.
- Wir müssen den Kindern und Jugendlichen sinnvolle, attraktive und bezahlbare Freizeitgestaltungsmöglichkeiten bieten, die die jungen Menschen nicht nur mit den Neuen Medien beschäftigen, sondern auch Kommunikationsfähigkeit und Naturverbundenheit

fördern. Ein vordringliches Ziel ist dabei auch die Förderung der Jugendarbeit von Jugendzentren, Musikschulen, Vereinen bzw. Verbänden im Landkreis durch ein höheres Budget.

- Wir fordern die bessere Integration älterer Mitbürger/innen in das kulturelle und gesellschaftliche Leben. Vorhandene private Initiativen und Angebote, die in diese Richtung arbeiten, sind zu unterstützen. Die Zusammenarbeit und Vernetzung mit Einrichtungen der Altenhilfe und Altenpflege soll gefördert werden.
- Zur Bereicherung der kulturellen Vielfalt möchten wir uns für die Einrichtung von kommunalen Kinos einsetzen. Diese können als preiswerte Alternative mit seltenen und ausgefallenen Filmen aus Europa und der ganzen Welt einen programmatischen Kontrapunkt zu den vorwiegend Hollywood-Produktionen zeigenden kommerziellen Kinos bieten. Wo es private Initiativen gibt, die in diese Richtung arbeiten, sind diese zu fördern und in die Gesamtkonzeption einzubeziehen.
- Wir wollen auch die traditionellen Kulturgüter unserer Region wie Straußwirtschaften und Weinfeste erhalten und weiter fördern. Dem Weinbau und dem hieran anschließenden Tourismus kommt in unserem Landkreis ein besonderer Stellenwert zu.
- Wir befürworten es, den mittelständigen Einzelhandel zu fördern, dagegen wollen wir dem Trend zu Einkaufszentren und Großmärkten auf der "grünen Wiese" entgegen wirken. Damit soll den zunehmenden Leerständen in unseren Städten entgegen gewirkt werden. Hierzu zählt auch, eine sinnvolle Kombination aus attraktiven Nahverkehrsangeboten und einem geeigneten und ausreichendem Parkraumangebot.
- Bestehende Fußgängerzonen, Stadtzentren und Parkplätze sollen durch Begrünung und Gestaltung ökologisch aufgewertet werden und das Stadtklima verbessern helfen. Durch geeignete Maßnahmen und eine kulturelle Aufwertung kann die vielfach anzutreffende Leerstandsproblematik verringert werden. Die Stadtzentren sollen nicht nur zum Einkaufen da sein, sondern sich mit ihren Einrichtungen und Initiativen zu vielfältigen, urbanen und kulturellen Zentren hin entwickeln. Diese Entwicklung ist durch die Kreispolitik zu fördern.

Verkehr - Für attraktive ÖPNV-Verbindungen, mehr Verkehrssicherheit und weniger Verkehrslärm

- Dem Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit muss insbesondere in den Wohngebieten gerade auch zum Schutz unserer Kinder mit Geschwindigkeitskontrollen und durch geeignete Einbauten in der Fahrbahndecke und andere bauliche Maßnahmen entschieden begegnet werden.
- Wir fordern eine Ausdehnung der Zahl an Fußgängerüberwegen. Diese sollen bei noch ausstehendem Bedarf vor allem an für Kinder gefährlichen Verkehrspunkten ihrer Schul- und Kindergartenwege realisiert werden. Mehr und bessere Fußgängerüberwege helfen auch älteren Menschen und sind damit auch eine Maßnahme im Zusammenhang mit dem demografischen Wandel.

- Die Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln wollen wir attraktiver gestalten. Ein Ausbau des Mainzer Straßenbahnnetzes in den Landkreis hinein ist zu prüfen. Wichtig ist eine attraktive Taktung und Vernetzung der verschiedenen Verkehrsmittel und eine nutzerfreundliche und serviceorientierte Gestaltung, beispielsweise von Bahnhöfen und Haltestellen.
- Wir befürworten den Ausbau eines flächendeckenden Radwegenetzes. Das Radwegenetz soll eine Nutzung des Radverkehrs als echte Alternative zum motorisierten Individualverkehr fördern, d.h. nicht vorrangig Ausflugsverkehre oder touristische Aktivitäten im Blick haben. Städte- oder raumverbindende Streckenführungen sollen optimal ausgeschildert werden und verkehrsgefährliche oder umständliche Wege möglichst vermieden werden.
- Die ÖDP Mainz-Bingen hält es für notwendig, die Verbindung zwischen den beiden Rheinseiten im Mittelrheintal zu verbessern. Dies soll dazu beitragen, die Attraktivität dieser Region für das Wohnen und den Tourismus nachhaltig zu verbessern und dem besonderen Bedarf der anliegenden Gemeinden nach Begegnung, sowie kulturellem und wirtschaftlichem Austausch entgegen zu kommen. Priorität muss es dabei haben, die bestehenden Fährverbindungen bedarfsgerecht zu optimieren und den Fährbetrieb zeitlich auszudehnen (Stichwort Nachtfähre). Eine Mittelrheinbrücke gefährdet hingegen grundsätzlich die bestehende Anzahl an Rheinquerungen und ggf. den Welterbe-Status. Eine solche Brücke müsste aus Sicht der ÖDP Mainz-Bingen daher möglichst naturverträglich und optisch unauffällig gestaltet und in die Landschaft integriert werden, um den Welterbe-Status nicht zu verlieren. Außerdem wäre auf eine geringstmögliche Beeinträchtigung der bestehenden Fährbetriebe zu achten. Eine Rheinbrücke bei Bingen lehnen wir ab, da diese das dortige international geschützte Europareservat Rheinauen und seine Vogelwelt gefährden würde.
- Die ÖDP will dem zunehmenden Verkehrslärm mit baulichen Maßnahmen (z.B. Lärmschutzwänden) begegnen. Ein besonderes Problem in diesem Zusammenhang ist der Bahnlärm, insbesondere entlang der Rheinschiene. Die ÖDP fordert, Maßnahmen zur nachhaltigen Entlastung der Anwohner zu ergreifen. Lärmbeeinträchtigungen können eine wesentliche Mit-Ursache für eine ganze Reihe von Krankheiten sein.
- Wir wollen dem durch Überschreiten der Lärmpegelgrenzwerte entstehenden Fluglärm durch rechtliches Vorgehen Einhalt gebieten. Ein Ausweiten der Flugrouten auf das Kreisgebiet und das zunehmende Überfliegen bis nach Bingen bei Starts und Landeanflügen lehnen wir ab. Die Häufung derartiger Vorkommnisse in letzter Zeit ist nicht hinnehmbar.
- Kein weiterer Ausbau des Frankfurter Flughafens (z.B. Terminal 3). Wir fordern ein Nachtflugverbot in der gesetzlichen Ruhezeit von 22.00 – 6.00 Uhr ohne Ausnahmen. Für sogenannte Verspätungslandungen ebenso wie für den Einsatz besonders lauter Maschinen müssen die Fluglinien spürbar sanktioniert werden.

Landwirtschaft und Weinbau, Mobilfunk - Für eine lebenswerte und gesunde Umwelt für Mensch und Tier

- Die Landwirtschaft und der Weinbau sind ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft für die Erzeugung gesunder Nahrungsmittel und zur Pflege unserer Kulturlandschaft. Wir setzen uns für den Erhalt und die Förderung einer bäuerlichen Landwirtschaft ein. Regionale naturnah oder ökologisch wirtschaftende Betriebe sind für den Erhalt einer gesunden Umwelt besonders wertvoll und sollen gefördert werden. Die Verwendung solcher regional und ökologisch erzeugten Produkte ist in allen kreiseigenen Kantinen zu bevorzugen und zu steigern.
- Wir halten es für dringend geboten, die Landwirtschaftsbetriebe in unserem Kreis davon zu überzeugen, auf genmanipuliertes Saatgut sowie auf den Einsatz giftiger oder bienenschädlicher Wirkstoffe zu verzichten.
- Wir fordern einen kommunalen Tierschutzbeauftragten für die Kreisverwaltung. Dieser soll Bewusstseinsbildung für den Tierschutz in Form von Kampagnen und Seminaren für Industrie, Gewerbe, Schulen, Landwirte und Bürgerinnen und Bürger leisten. Hierbei sollen u.a. Alternativmethoden zu Tierversuchen und Massentierhaltung aufgezeigt werden.

Mobilfunk – Gesundheitsschutz vor ungebremstem Ausbau des neuen 5G-Standards

- Wir verlangen die Umsetzung eines gesundheitsverträglichen Mobilfunkbetriebes. Die Standorte von Sendeanlagen sind stets so zu wählen, dass sensible Bereiche (z.B. in der Nähe von Kindergärten oder Schulen) ausgenommen werden.
- Vor dem Hintergrund der allgegenwärtig geforderten „Digitalisierung“ unserer Lebenswelt (Stichwort „Internet der Dinge“) sind auch die Auswirkungen neuer technologischer Entwicklungen, wie z.B. der 5G-Standard für ultraschnelles mobiles Internet, besonders kritisch zu prüfen. Der aktuellen Forderung der Präsidentin des Bundesamtes für Strahlenschutz, Inge Paulini, weitere Untersuchungen über die gesundheitlichen Folgen des 5G-Ausbaus, mit neuen und zusätzlichen Sendeanlagen, höheren Datenübertragungsmengen und höheren Frequenzen vorzunehmen, schließen wir uns ausdrücklich an.
- Wie auch in anderen Bereichen üblich, muss auch beim Mobilfunk generell das Vorsorgeprinzip gelten. Demzufolge ist die 5G-Technik erst dann zulässig, wenn gesichert ist, dass keine gesundheitlichen Gefahren bestehen. Bisher wird die gegenteilige Vorgehensweise praktiziert, dies halten wir für falsch. Die gerade angelaufene Versteigerung der 5G-Frequenzen sollte daher gestoppt werden, bis gesicherte Erkenntnisse über die gesundheitliche Unbedenklichkeit dieser Technik in der Endausbaustufe vorliegen. Auf Kreisebene muss der nun bevorstehende Ausbau der 5G-Technik aus Vorsorgegründen dringend kritisch begleitet werden, um die gesundheitlichen Risiken für unsere Bürgerinnen und Bürger möglichst gering zu halten.

- Die vielfach geforderte Schließung sämtlicher Versorgungslücken im Mobilfunknetz halten wir insbesondere im Hinblick auf elektrosensible Personen für ein wenig beachtetes Problem. Mobilfunkfreie Gebiete müssen als Rückzugsräume für diesen Personenkreis erhalten oder geschaffen werden.
- Der kabelgebundene Internetausbau ist zu bevorzugen.